

KONFERENZBERICHTE

Asien im Fokus: Souveränität, Sicherheit, Nachhaltigkeit? (Weingartener Asiengespräche)

Weingarten, 18.–20. November 2016

In vielen asiatischen Staaten hat nationale Souveränität eine herausragende Stellung. Ihre Wahrung hat daher häufig Vorrang gegenüber anderen seitens der Staaten als wichtig erachteten Zielen wie Sicherheit und Nachhaltigkeit. Dies muss zum einen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass viele asiatische Staaten einst von Kolonialmächten besetzt waren, und zum anderen vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer Erwägungen. Zwar existiert mit dem südostasiatischen Staatenverbund ASEAN ein Forum für den Austausch über sicherheitspolitische und andere Fragen, doch existieren zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten zugleich bilaterale Spannungen. Transnationale Probleme, die nicht nur einzelne Staaten betreffen, werden daher häufig nur unzureichend oder gar nicht gelöst.

Die Begriffe Souveränität, Sicherheit und Nachhaltigkeit im asiatischen Kontext waren Gegenstand der von Heike Wagner (Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart), Claudia Derichs (Universität Marburg), Martina Padmanabhan (Universität Passau) und Stefan Rother (Universität Freiburg) geleiteten Tagung. Dabei wurde deutlich, dass die Begriffe nicht unabhängig voneinander in vollem Umfang zu erfassen sind und nachhaltige Lösungen für Probleme in den betreffenden Bereichen lediglich auf inter- und transnationaler Ebene gefunden werden können.

Im Vortrag von Gabriela-Maria Manea (Universität Freiburg) ging es um die Rolle der externen Akteure USA und EU bezüglich der Sicherheit in Südostasien. Die USA haben in der Region bereits seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Rolle eines Stabilitätsgaranten eingenommen, der keinen regionalen Hegemon zulassen möchte – nicht zuletzt aufgrund wirtschaftlicher Interessen. Mit dem Aufstieg Chinas sehen die USA dieses Ziel zunehmend gefährdet, weswegen 2011 unter Obama Asien als neuer politischer Dreh- und Angelpunkt deklariert wurde. Der Vorstoß der USA zielt primär darauf ab, den Beziehungen zu China Priorität einzuräumen und auf diese Weise dessen Handlungen zu beeinflussen. Gleichzeitig sollen bilaterale Beziehungen mit anderen asiatischen Staaten intensiviert werden, um den Einfluss in der Region zu bewahren. Die EU hingegen habe aufgrund der kolonialen Vergangenheit vieler ihrer Mitgliedstaaten in Asien ein schweres Erbe zu bewältigen und könne sich daher weniger stark in die Entwicklungen einmischen, sondern übe Einfluss nur als zivile, nicht als militärische Macht durch Präsenz in Foren mit einzelnen Staaten oder der ASEAN aus.

In seinem Vortrag zum Konflikt im südchinesischen Meer legte Jürgen Rüland (Universität Freiburg) dar, dass der Grund für den Konflikt neben machtpolitischen Erwägungen der Rohstoffreichtum der Gebiete sei. Was die Situation so komplex mache, seien die sich widersprechenden Begründungen der Staaten für ihre Ansprüche. So begründen die meisten Staaten sie historisch, wobei sich die verschiedenen Versionen entgegenstehen. Hinzu komme, dass einige der Ansprüche mit dem internationalen Seerecht in Konflikt stehen. Insbesondere China melde Ansprüche auf große Teile der umstrittenen Gebiete an. Eine Einmischung der USA und anderer Staaten dulde China nicht, da es dies als Eingriff in die eigene Souveränität werte.

Mandy Fox (Universität Passau) hielt einen Vortrag zu den ethnoreligiösen Herausforderungen im Rakhine-Staat. In diesem herrscht seit 2012 ein Konflikt zwischen Buddhisten und der muslimischen Gruppe der Rohingya. Im Zuge des Konfliktes flohen hunderttausende Menschen – primär die muslimische Bevölkerung. Der Konflikt zeige auf, wie eng Migration mit Souveränität und Sicherheit verbunden ist. Denn durch die Nicht-Anerkennung der Rohingya als ethnische Gruppe demonstrierte der myanmarische Staat seine Souveränität gegenüber einzelnen Gruppen, von denen er seine Interessen bedroht sieht. Gleichzeitig würden andere Staaten, ebenfalls begründet mit ihrer Souveränität, die Rohingya nicht als Flüchtlinge anerkennen.

Das Thema Religion spielte auch in Claudia Derichs (Universität Marburg) Vortrag zum Thema Verbindung von Religion und Politik in Asien eine Rolle. Sie zeigte anhand der Fallbeispiele Indonesien und Malaysia, dass in beiden Staaten Religion durch die Regierungen als Mittel zur politischen Legitimation genutzt wird. Unterscheiden würde sich jedoch der Zeitpunkt, ab dem die Staaten diesen Weg einschlugen. So sei die Einmischung des Islams in die Politik in Indonesien bis in die späten 1980er-Jahre nicht geduldet worden. Mittlerweile werde jedoch im Einklang mit dem Islam regiert und in religiösen Konflikten würde sich der Staat zugunsten der muslimischen Konfliktsseite passiv verhalten. In Malaysia sei Religion bereits früher als politischer Einflussfaktor akzeptiert worden.

In Martina Padmanabhans (Universität Passau) betrachtete in ihrem Vortrag Biolandbau in Indonesien aus einer sozial-ökologischen Perspektive. Ein Wandel zu organischem Landbau sei notwendig vor dem Hintergrund endlicher Ressourcen und der Zerstörung von Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität durch konventionelle Landwirtschaft. Die Ernährungssicherung sei in Indonesien ein konfliktreiches Politikfeld, weil der Staat neben der Ernährungssicherung für die Bevölkerung auch die Ernährungssouveränität innerhalb seiner Grenzen zum Ziel habe. Zu diesem Zweck sei unter dem aktuellen Staatspräsidenten Joko Widodo die Wiederbelebung der ländlichen Ökonomie eingeleitet worden. Trotz der Wahrnehmung durch den Staat werde die Biolandbaubewegung in Indonesien bislang primär durch die Zivilgesellschaft getragen. Um die sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen einer schrittweisen Umstellung der Landwirtschaft auf Biolandbau abschätzen zu können, bedürfe es in Zukunft transdisziplinärer Forschung.

Um das Thema Nachhaltigkeit, verdeutlicht am Beispiel Indonesien, ging es auch in Kristina Großmanns (Universität Passau) Vortrag. Der Begriff Nachhaltigkeit müsse die ökologische, soziale und ökonomische Dimension miteinander verknüpfen. Zudem bedürfe es eines funktionierenden Systems von Global Governance, um Nachhaltigkeit gewährleisten zu können. Als Beispiel für teilweise erfolgreiche, aber letztlich zu kurz gedachte Global Governance diene beispielsweise im Bereich Klimaschutz das Kyoto-Protokoll. Dessen Einhaltung verringere zwar die Emissionswerte nördlicher Länder, verlagere sie aber letztlich in den globalen Süden. Das Projekt REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation), das 44 % seiner Projekte in Indonesien hat und für nachhaltige Waldbewirtschaftung in Entwicklungsländern sorgen soll, diene daher als Beispiel für eine sinnvolle Ergänzung zum Kyoto-Protokoll. Jedoch müsse das Projekt, ebenso wie ähnliche Projekte in Indonesien, stärker in den lokalen Kontext eingebettet werden, da es teils aufgrund von Landrechtsstreitigkeiten zu Konflikten komme.

Im letzten Vortrag der Asiengespräche 2016 ging Friederike Trotter (Universität Frankfurt) auf den Zusammenhang von Religion und Sicherheit in Südostasien anhand der Fallbeispiele Malaysia und Indonesien ein. Zunächst gelte es beim Begriff Sicherheit zwischen persönlicher und staatlicher Ebene zu differenzieren. So gehöre zur persönlichen Sicherheit auch das subjektive Gefühl von Sicherheit, das der malaysische Staat seiner Bevölkerung zum Beispiel

durch die in der am Reißbrett entworfenen Planstadt Putrajaya geschaffene Atmosphäre zu vermitteln versuche. Die Stadt verbinde Prosperität mit einer muslimischen Identität, die Reinheit und Freiheit von Versuchungen vermitteln solle. Putrajaya könne als Verkörperung der Verbindung von Staat, Religion und – insbesondere moralischer – Sicherheit betrachtet werden. In Indonesien hingegen versuche der Staat, der Bevölkerung Sicherheit durch religiösen Konsum zu vermitteln. So werde der Islam bewusst mit Konsum in Verbindung gebracht und als Prosperitätsreligion dargestellt. Durch religiösen Konsum solle die Bevölkerung moralische Sicherheit erlangen. Bedroht werden die Ziele des indonesischen Staates allerdings durch den fundamentalistischen Islam, da der IS und andere islamistische Gruppen aktiv versuchen, ihre Ansichten in der Bevölkerung zu verbreiten. Dem müsse der Staat entgegenwirken, um die Kontrolle über Sicherheit und Religion zu behalten.

Insgesamt wurde bei den letztjährigen Weingartener Asiengesprächen sehr deutlich, wie stark die Begriffe Souveränität, Sicherheit und Nachhaltigkeit miteinander verwoben sind, und dass Probleme in diesem Kontext meist inter- oder transnationaler Lösungen bedürfen. Zu diesem Schluss kamen die Teilnehmenden auch im Zuge der fruchtbaren Diskussionen in den drei parallel stattfindenden Workshops mit jeweils unterschiedlichem thematischen Fokus. Die gemeinsame Betrachtung des Filmes „Samin vs. Samen“ von watchdog (2015) trug ebenfalls zum Verständnis der Thematik der Tagung, insbesondere des komplexen Begriffes der Nachhaltigkeit in all ihren Dimensionen, bei.

Lars Konheiser

DGA-Nachwuchstagung 2017

Burg Rothenfels am Main, 27.–29. Januar 2017

Die achte DGA-Nachwuchstagung fand, wie bereits zwei Jahre zuvor, auf der Burg Rothenfels am Main statt. Rund 25 TeilnehmerInnen und KommentatorInnen trafen sich in luftiger Höhe, um über das Leitthema „Asien: Potenziale und Konflikte“ zu diskutieren. Die methodische, disziplinäre und geografische Vielfalt der Beiträge spiegelte sich in insgesamt 15 sehr unterschiedlichen Vorträgen wider.

Den Beginn machte Sophie Veauthier (Tübingen) mit ihren Überlegungen zum „State of the Art“ der chinesischen Feminismusforschung und Gender-Studien, die zu einer regen Diskussion zwischen den Teilnehmern führten. Den Eröffnungstag schloss Tanja Herklotz (HU Berlin) mit ihrem Vortrag über die Auswirkungen der indischen Frauenbewegung auf das indische höhere Gericht unter Miteinbezug verschiedener religiöser Rechtsprechungen ab. Im Anschluss daran wurden neue wie alte Kontakte in gemütlicher Runde bei fränkischem Wein im Turm der Burg gepflegt.

Der Samstagvormittag begann mit Beiträgen zur politischen Ökonomie. Hierbei zeigte Jennifer Stapornwongkul (Freiburg) Chinas Expansionsvorhaben mit Beispielen aus Thailand, Kambodscha und Frankreich. Sie berichtete von unterschiedlichen Herangehensweisen der „Going Global Strategy“ Chinas, und welche Rolle der Staat bei der Internationalisierung von Unternehmen spielt. Im Anschluss lenkte Nina Rodmann (Frankfurt) den Fokus auf die Philippinen. In ihrer Arbeit griff sie ebenfalls auf das Konzept des Developmental State zurück, um die Industriepolitik des südostasiatischen Inselstaates zu erläutern. Sie zeigte deutlich, dass der Staat eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung spielt, allerdings verlaufe diese auf den Philippinen aufgrund interner Strukturen sehr ineffizient.

Im letzten Panel vor der Mittagspause stellte Leon Kunz (SOAS London) seine Ideen einer vergleichenden Studie zwischen der Umbrella-Bewegung in Hongkong und dem Sunflower-

Movement in Taiwan (beide 2014) vor. Das Vormittagsprogramm wurde mit einem Beitrag von Annapia Debarry (Bonn) beendet. Sie präsentierte Ergebnisse ihrer bereits im vergangenen Jahr fertiggestellten Masterarbeit, in der sie mittels Kartierungen und Befragungen die Agrartransformation in Myanmar untersucht und den Einfluss des Staates auf die Landwirtschaft darstellt. Dung Vu-Tien (Gießen) eröffnete das vierte Panel zum Thema „Internationale Beziehungen“. Nach einer Definition von Nord-Ost-Asien wurde die enge Vernetzung der drei wirtschaftsstarken Nationen China, Südkorea und Japan näher erläutert, aber Vu-Tien verdeutlichte zugleich die Komplexität einer harmonischen regionalen Integration. Der anschließende Vortrag von Peter Kesselburg (Freiburg) lenkte den Blick auf Chinas Nachbarn im Süden. Mit Hilfe von qualitativen Interviews, offiziellen Statistiken und Textanalysen ging er auf Chinas Handelsbeziehungen mit Nordvietnam ein. Die historisch dynamische Grenzregion, in der seit 1991 wieder aktiver Grenzhandel betrieben wird, ist weiterhin mit Spannungen behaftet. Eine gewisse Abhängigkeit der nordvietnamesischen Region steht einer gleichzeitigen Furcht vor dem großen Nachbarn gegenüber. Chris Höhne (Darmstadt) schloss das Panel mit seiner Untersuchung zur Bedeutung von Schwellenländern auf den Klimawandel ab. Mit Hilfe von Case Studies aus Indien und Indonesien, den weltweit dritt- und fünftgrößten CO₂-Produzenten, versucht er, dem bisher vernachlässigten Multi-Level-Governance-Ansatz gerecht zu werden. Dazu führte er 28 Interviews mit unterschiedlichen Akteuren wie NGOs und Ministerien.

Das fünfte Panel stand im Zeichen der Stadtforschung. Die ersten beiden Beiträge widmeten sich geografisch dem Inselstaat Japan. Sascha Dolezal (Würzburg) stellte seine Arbeit zu traditionellen Einkaufspassagen in Japan vor. Ein Multimethodenansatz aus Kartierungen, schriftlichen Befragungen und Leitfadeninterviews zeigte die deutliche Abwärtsentwicklung vieler Einzelhandelsstandorte auf, und welchen Entwicklungen diese zukünftig gegenüberstehen. Uta Merkle (Bochum) veranschaulichte die Urban-Renaissance-Politik Japans am Beispiel Osakas. Diese Deregulierungspolitik soll zudem auch als Ausgleichspolitik verstanden werden, um einer weiteren zentralistischen Ausrichtung auf Tokyo entgegenzuwirken und regionalen Behörden mehr Planungsfreiheiten einzuräumen. Frederike Trotter (Frankfurt) behandelte Dezentralisierungsprozesse am Beispiel Indonesiens. Ihr Fokus lag auf der ehemaligen Industriestadt Palembang, die seit knapp zwei Jahrzehnten als Sportstadt überregionale Bekanntheit erfährt. Das Vortragsprogramm für Samstag beendete Elisabeth Schleep (Freiburg) mit der Thematik der Kindheit in der modernen chinesischen Autobiografiebeschreibung mit Fokus auf der Republikzeit (1912–1949). Besonders persönliche und intellektuelle Entwicklungen, Alltagsdarstellungen und die kindliche Natur waren in dieser Zeit vorherrschende Themen.

Der letzte Tagungstag begann mit einem Vortrag von Suy Lan Hopmann (Berlin). Sie referierte über politische Kampagnen in der VR China von 1949 bis 2009. Hierbei stellte sie sich insbesondere die Frage, welche Rolle politische Kampagnen als Instrument der politischen und gesellschaftlichen Beeinflussung seitens der kommunistischen Partei haben und welche Funktionen sie erfüllen. Ihr Vortrag war zugleich auch der letzte der achten Nachwuchstagung. Im Anschluss daran standen die Neuwahlen des SprecherInnenteams der DGA-Nachwuchsgruppe an. Da alle vier SprecherInnen – Raphael Susewind, Franziska Plümmer, Robert Pauls und Christina Maags – geschlossen abtreten, war eine komplette Neubesetzung des Teams nötig. Die bisherigen SprecherInnen befinden sich entweder in der Endphase ihrer Promotion oder haben diese gar vor Jahren bereits abgeschlossen, weshalb sie sich nun neuen Aufgaben widmen und Platz für den Nachwuchs frei machen. Suy Lan Hopmann, Jennifer Stapornwongkul, Elisabeth Schleep, Sophie Veauthier und Dung Vu-Tien bilden das aus fünf Sprechern und Sprecherinnen bestehende Team für die Periode von 2017 bis 2019. Die

gesamte Tagung wurde vortrefflich organisiert und kommuniziert. Die Fußstapfen des scheidenden Sprecherteams sind groß, durch eine Verteilung der Verantwortung auf mehrere Schultern bestehen aber gute Aussichten, dass diese auch in Zukunft ausgefüllt werden können. Ein besonderer Dank gilt neben dem SprecherInnenteam auch den KommentatorInnen für die konstruktiven und präzisen Kommentare sowie den vielen daraus resultierten informativen Gesprächen im Anschluss.

Sascha Dolezal

First GEAS graduate conference: Individual Agency in Institutional Contexts in East Asia

Berlin, December 9–10, 2016. Organized by Byun You Kyung, Julia Gerster, Anselm Huppenbauer, Elena Korshenko, Eva Liias, Valeria Lotti, Lisa Melcher, Jan Niggemeier, and Daniela Simon, PhD-students of the Graduate School of East Asian Studies, Freie Universität Berlin.

This graduate conference revolved around the question of how to reconcile individual agency and meaning with the more impersonal institutions we work with in our more theoretical reasoning. A thematically and disciplinarily wide variety of contributions came from young scholars in Korean, Japanese, Taiwan, and China studies. 18 contributions were arranged in six theoretically-themed panels over two days; Roger Goodman (University of Oxford) contributed the keynote speech.

The conference started with two panels looking at how state and regulations interact with individual agency and how, vice versa, actors can influence state action. Here, contributions focused on the influences individuals in the middle of political hierarchies have on policy implementation and policy making, along examples of leadership and reform in a Chinese SOE (Wendy Leutert, Cornell University), reforms of politico-administrative relations in Japan (Arnaud Grivaud, Paris VII Diderot) and the role of NGOs in Taiwan's recycling system. Furthermore, individuals' strategies towards institutional frameworks were highlighted through studies on the role of Chinese ODI firms on regulatory reform (Matthew Stephenson, Graduate Institute of International and Development Studies in Geneva), the influence of state-civil society cooperations in waste management during wartime Japan on a greater diversity in women's social roles (Rebecca Tompkins, Leiden University) and coping strategies' contribution to the persistence of China's national college entrance examination (Isabel Heger, Freie Universität Berlin).

Two panels with a more anthropological or cultural studies perspective asked how specific groups identify and position themselves vis-à-vis state and society at large. On the one hand, presentations focused on ethnic minorities, such as the construction of group-boundaries through language among Sibe elites in China (Ying Ding, University of Duisburg-Essen), differing strategies of political representation among the Japanese Ainu community (Roslynn Ang, New York University) and Korean-Chinese Academics' positions towards nationalist discourses of the Chinese state (Aihua Li, Leiden University). On the other hand, transformations of norms, narratives and frames were approached along examples of the use of history as a nationalist tool in China (Urmaz Pappel, University of Tartu), the reaction of Pakistani students at a Korean University to institutional, social and resource pressures by developing civil society structures (Julia Khan, Seoul National University) and the societal role of "reconstruction" processes in post-disaster Japan (Anna Vainio, University of Sheffield).

A more sociologically oriented panel revolved around the question of how society describes itself and thereby constructs an ideology that disguises inequality. Presentations in this panel showed how today's participation in a rural Japanese community is determined by historical patterns of in- and exclusion (Kie Sananda, Humboldt Universität zu Berlin), how the socially-constructed institution of unequal "higher education" in China determines students' strategic decisions and self-evaluations (Huijie Chu, University of Duisburg-Essen) and which aspirations China's middle class holds in a context of uncertain livelihoods (Lassi Laine, University of Duisburg-Essen).

Last but not least, papers in a panel on institutional change focused on the various, often unintended consequences of efforts to change the status quo. This can be seen in the diversified impact of state efforts to formalize ragpickers in 1960s Korea (Hyojin Pak, Leiden University), in the emergence of a decentralized Hip-Hop scene in South Korea (Amos Farooqi, Korea University) or in the agency role of a female Korean spy during the Cold War (Sungju Park-Kang, University of Turku).

In the keynote speech, Roger Goodman (University of Oxford) reflected on different conceptualizations of "the individual", both among theoretical paradigms and as he encountered them in his own different research experiences. The central argument was that the understanding of the relationship between individuals and society, as well as representations of inclusion and belonging, are diverse and variable. Thereby, this speech highlighted the individual, while most of the other contributions had focused on agency and institutions.

The idea to let a conference in area studies revolve around a theoretical theme rather than a concrete topic was very well received by the participants. Without exception, the contributions presented empirical analyses of institutions and how actors or individuals relate to them, thereby shaping the grounds for fruitful theoretical exchange. Special thanks is due to the discussants who had an important role in highlighting the theoretical leitmotif within the presentations.

Lisa Melcher, Jan Niggemeier

CHESS Workshop 2016

Wien, 19.–20. November 2016

Chinas Umweltprobleme stehen seit Jahren im Zentrum medialer Berichterstattung und werden von WissenschaftlerInnen aus allen Disziplinen bearbeitet. Vom 19. bis 20. November 2016 trafen sich auf Einladung von CHESS (China and the Environment in Social Sciences) internationale Forschende am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Wien, um die Rolle von Chinas Provinz- und Stadt- und Bezirksregierungen, verschiedener ziviler Akteure (ExpertInnen, Gemeinden, Nachbarschaften, LandwirtInnen) sowie Einrichtungen und Organisationen im Kampf gegen den Klimawandel und Ressourcenknappheit zu debattieren. Die TeilnehmerInnen reisten aus den USA, China und ganz Europa an, um ihre Forschungsergebnisse zu Wasserpolitik, Recycling und Müllbeseitigung sowie Energiepolitik zu präsentieren.

CHESS ist eine Gruppe junger WissenschaftlerInnen, die sich mit Fragen von Umwelt- und Klimaschutz in China befasst. Das Netzwerk besteht seit 2013 und hat seither an mehreren Veranstaltungen mitgewirkt. Nach 2015 konnte bereits zum zweiten Mal eine Tagung in Wien im Rahmen von CHESS organisiert werden.

Stargast war diesmal die chinesische Umweltjournalistin Wang Yongchen, die zu den PionierInnen des chinesischen Umweltaktivismus gehört und in den 1990er Jahren eine der ersten

NGOs, die Green Earth Volunteers 绿家园志愿者, gründete. Wang eröffnete den Workshop mit einem Beitrag zur Rolle der Medien in Chinas Umweltbewegung. Danach bildeten vier Panels die zweitägige Veranstaltung.

Das Panel „Non-state actors and agency“ beleuchtete die Rolle und den Einfluss von Interessengruppen (Emina Popovic) und Akteursgruppen, wie zum Beispiel ExpertInnen (Chen Liang-Yu), Potentiale und Einschränkungen des informellen Müllbeseitigungssektors (Eva Ignatuschtschenko) sowie Initiativen zur Nachhaltigkeit von Universitäten (Jan Philipp Laurenat).

Am Nachmittag lag der Fokus des Panels „State actors and responsiveness“ auf staatlichen Akteuren und deren Interaktion mittels informeller Praktiken (Benjamin Steuer), Verhandlungsschemata (Shen Yongdong) und Formen von Responsivität lokaler Regierungen auf zentrale Vorgaben im Bereich der Umweltpolitik (Iza Yue Ding).

Das Panel „Urban studies“ beinhaltete zwei Vergleichsstudien von Chinas Metropolen und deren Umgang mit erneuerbarer Energie (Julia Aristova) und Müllbeseitigung (Nele Fabian). Zhang Yuanzhu ergänzte das Panel mit seinem Beitrag zum Wassermarkt als marktwirtschaftliche Maßnahme zur Regulierung der Wasserqualität.

Den Abschluss bildete am zweiten Workshoptag eine Matinée zur Frage der Repräsentation von Umwelt in Filmen („Representation and Film“). Auf dem Programm standen Chu Kiu-wais Vortrag zu verschiedenen Genres des Eco-Cinemas und die Vorführung von Wang Yongchens Film „Nujiang, Nujiang“ zu zehn Jahren Aktivismus gegen das Staudammprojekt am Nujiang-Fluss.

Der diesjährige Workshop war im besonderen Maße interdisziplinär, da die Beiträge aus den Bereichen der Politikwissenschaft, Geschichte, Wirtschaft und Filmwissenschaft kamen. So konnte sich CHESS Wien einmal mehr als Ort des Dialogs internationaler junger Wissenschaft aus verschiedenen Disziplinen etablieren, nicht zuletzt durch die angeregten Diskussionen und den intensiven Austausch während und nach den Panels. Ergebnis des Workshops ist ein gemeinsames Publikationsprojekt; die Beiträge wurden zur Publikation in einem Special Issue eines fachlichen Journals mit Fokus auf Umweltgovernance eingereicht. Acht der eingereichten Artikel wurden für das Peer Review akzeptiert.

Thomas Immervoll, Julia Marinaccio

China's "New Normal": Politics, Economic Reforms and Political Philosophy

Duisburg, December 1–3, 2016

On December 1–3, 2016, the University of Duisburg-Essen hosted an international workshop on “China's New Normal: Politics, Economic Reforms and Political Philosophy” to discuss the conceptual and operational dimensions of China's “New Normal” concept as proposed by Xi Jinping at the APEC CEO Summit on November 9, 2014. The workshop, organized by Prof. Dr. Nele Noesselt, brought together more than 20 renowned international China scholars from China, the USA and Europe, amongst others.

The “New Normal” concept, as stated by several scholars, is a response to the radical economic downturn from a double-digit growth rate to a single-digit one in the recent years. Basically, it can be seen as a strategic movement to handle domestic and global challenges China confronts, and consequently, as noted by a majority of the scholars, should not be seen as an “empty phrase” terminology. Moreover, the “New Normal”, as stated at the APEC Summit, is

characterized by aspects such as the transition from a high speed to a medium-to-high speed economic growth, the increasing demands of the tertiary industry and consumption, and the increasing importance of innovation rather than input and investment.

In the course of this workshop, the following issues are considered to be the most important subjects of interest: (1) Change and Continuity, (2) “New Normal” and Political Reform, (3) Political–Economic Dimensions, (4) Political Consequences of China’s “New Normal”, (5) Critical and Philosophical Reflection, (6) Governance Experiments: Local and Global Dimensions.

The workshop was able to highlight some of the most important elements of China’s “New Normal” concept, whereas political and economic reform processes were of central interest.

On the one hand, this new concept can be seen as an important leap outward to reshape the regional and global order, as president Xi coined the “Belt and Road Initiative” (BRI), which is somehow to be considered as China’s next step of opening-up-policy to push forward its successful diplomacy during the last two decades and to tap into new markets, in order to cope its domestic over-production and over-capacity issues. As one of many elements of the BRI, Alessandra Cappelletti from the American University of Rome outlined the importance of the China-Pakistan Economic Corridor (CPEC), which can be considered as a directional path for the future: how will China use its accumulated power, how will the shift from rule-taker to rule-maker occur and how will China position itself in a multipolar and multicentric international system?

As noted by Thomas B. Gold, professor of sociology at the University of California, another fundamental economic transformation process in accordance with the ideas of “New Normal” can be seen in the permission of the CCP to establish numerous new private enterprises with less restrictions, in order to stabilize and enrich the overall economy. Keeping this in mind, the electric-vehicle industry can be seen as one of many beneficiaries of this opening-up process, Dai Shuanping, junior professor at the University of Duisburg-Essen, argued.

On the other hand, the fulcrum of the “New Normal” concept is a new mode of domestic and global governance in order to maximize and protect Chinese interests which consequently lead to legitimize and stabilize the CCP. Essentially, this new mode of governance is all about an efficient government that reduces the governmental regulatory powers and establishes law-based administrative practices.

In this regard, China in general might be in a better position to manage its increasingly more complex society. Considering this, China’s need is not just economic, but also political modernization, especially in terms of its administration, which includes implementing and enforcing the rule-of-law and reducing state interference in people’s freedom. According to a majority of scholars, this means that China should open-up the political process to the ordinary people as well as the emerging new political social and economic elite. Consequently, participation of the people in political procedures does matter, because, to cite Abraham Lincoln, *“with the public sentiment nothing can fail, without it nothing can succeed”*.

With this in mind, China’s move towards an inclusion of its citizens in the political decision making process can be seen as the first step towards a functional government by the people and not just for the people, shifting from social control to social governance, as noted by Guo Sujian from San Francisco State University. Furthermore, as constitutionalism and liberalism, according to He Li from Merrimack College, both don’t seem to play a decisive role in China’s future political system, Good Governance will become a key aspect the CCP is looking forward to, enabling self-government by the people and strengthening (socialist) democratic structures.

Finally, although China demonstrates elements of a normal democracy such as “fight on corruption, intra-party democracy, Good Governance, incrementalism, [and] rural versus national level of democracy”, Alexander Weiß from Helmut Schmidt University Hamburg concluded, it remains an authoritarian administrative state, but a flexible and pragmatic one. This aspect is best shown by the many different arguments contributed by scholars at this workshop, ranging from optimistic visions, e. g. the rule-of-law, Good Governance, economic growth, anti-corruption campaigns and the implementation of online consultation, to negatively connoted issues with a need to be solved in the future, e. g. rising labor disputes, environmental issues and the fact that some opening-up-policies as well as transformation processes are actually only theoretical approaches not yet implemented nor applied.

Christian Beier and Ramin Asadi

Diversity in the Japanese Labor Market: Challenges and Opportunities

Tōkyō, 13.–15. Dezember 2016

Der internationale Workshop an der Universität Waseda bildete die zweite Hälfte des gemeinsamen Forschungs- und Lehrprojekt zwischen der Graduate School of Asia Pacific Studies (GSAPS) und der Japanologie der Universität Hamburg. Das gemeinsame Projekt wird vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) mit Fördermitteln des Auswärtigen Amts und der Universität Waseda (GSAPS) finanziell unterstützt.

Der Fokus des Workshops lag auf den Wechselwirkungen zwischen Anstellungsverhältnissen, Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung und den damit verbundenen Auswirkungen und Problemen in Bezug auf die japanische Gesellschaft. Hierbei wurde aus einer multidisziplinären und komparativen Perspektive gearbeitet, wobei primär kulturalanthropologische, soziologische und politikwissenschaftliche Konzepte herangezogen wurden.

Besonders Frauen, junge und ältere Menschen sowie EinwandererInnen werden von diesen Dynamiken beeinflusst und bilden die Pfeiler des Projekts. Durch den Fokus auf diese Gruppen im japanischen Arbeitsmarkt werden die unabhängigen Variablen „Gender“, „Alter“ und „Ethnie“, aber auch „sozioökonomischer Hintergrund“ abgedeckt.

Der Workshop startete mit dem Panel „The young, the old and the labor market“, in dem das Konzept Arbeit im Kontext des Alltagslebens für junger UmsiedlerInnen auf dem Land erörtert wurde (Ksenia Kurochkina, Universität Waseda). Darauf folgte ein Vortrag über neue flexible Formen der Arbeit sowie die Notwendigkeit adaptiven Unternehmertums in der Musikindustrie (Mira Malick, Universität Waseda). Anschließend wurde der Konsum von Bildung und dessen Auswirkungen auf Karrierechancen von Ober- bzw. BerufsschulabsolventInnen im Kontext eines deregulierten Arbeitsmarktes thematisiert (Vincent B. Lesch, Universität Hamburg). Das erste Panel schloss mit einem Vortrag über das Konzept des lebenslangen Lernens und dessen Einfluss auf aktives Altern mit verringerten Pflegebedarf (Anna-Lea Schröder, Universität Hamburg).

Im zweiten Panel „Women in japanese workplaces“ wurden Policies für Geschlechtergleichheit als Möglichkeit für einen diversifizierteren Beschäftigungssektor zur Diskussion gestellt (Phoebe Stella Holdgrün, Deutsches Institut für Japanstudien). Dem folgte ein Vortrag über die Ansichten junger lediger Japanerinnen bezüglich Arbeitsleben, speziell hinsichtlich ihrer Karriere, und ihre Strategien im Privatleben (Lei Xiao, Universität Waseda). Abschließend wurde die Reform des Arbeitsstils (*hatarakikata*) sowie die Auswirkungen von landesweiter Versetzung innerhalb einer Firma (*tenkin*) auf Familienleben und Karriere von japanischen Frauen behandelt (Fujita Noriko, Universität Waseda).

Im letzten Panel des Tages, „Working conditions and workplace diversity“, wurde auf die problematische Situation junger ArbeitnehmerInnen sowie die unethischen Einstellungs- und Arbeitspraktiken ausgewählter japanischer Konzerne hingewiesen (Kanno Haruki, POSSE/Universität Hitotsubashi). Das Panel schloss mit einem Vortrag über den durch Überarbeitung verursachten Tod (*karoshi*) und mögliche Implikationen für mehr Diversifizierung im Beschäftigungssektor (Scott North, Universität Osaka).

Tag zwei des Workshops beinhaltete das Panel „The global talents in Japan's labor market“, in dessen erster Hälfte der Fokus auf Initiativen von Unternehmen, qualifizierte ArbeiterInnen vor dem Hintergrund des japanischen Arbeitskräftemangels anzuwerben (Muranaka Aimi, Universität Duisburg-Essen), sowie auf den Erfahrungen indischer UnternehmerInnen und Fachkräfte auf dem japanischen Arbeitsmarkt (Megha Wadhwa, Universität Waseda) lag. Die nächsten Vorträge erörterten einerseits die globalen und lokalen Arbeitsmarktnischen für europäische ArbeitnehmerInnen in Japan (Miloš Debnár, Universität Doshisha), andererseits die problematische Situation westlicher Frauen auf dem japanischen Arbeitsmarkt (Helena Hof, Universität Waseda). Das Ende des Panels bildete ein Vortrag über japanische ArbeitnehmerInnen in der Tschechischen Republik, ihre Arbeitsplatzkultur und die Internationalisierung ihrer Unternehmen (Lenka Vyletalova, Sophia Universität).

Im Panel „The cross border labor market“ thematisierte der erste Vortrag grenzübergreifende Praktiken von Zeitarbeitsfirmen als Herangehensweise, um des Pflegekräftemangels in Japan Herr zu werden (Karen Shire, Universität Duisburg-Essen/Ochanomizu-Universität). Das Panel schloss mit einem Vortrag über Wettbewerb und Performance von japanischen ZeitarbeiterInnen (*hakensha*) im Ausland (Mitsuhide Shiraki, Universität Waseda).

Das letzte Panel des Workshops setzte sich aus einem Vortrag über das globale Ressourcenmanagement multinational arbeitender japanischer Unternehmen (Franz Waldenberger, Deutsches Institut für Japanstudien) und dem Wandel der Bedeutung von Arbeit für japanische ArbeitnehmerInnen und Unternehmen (Nana Gagné, Chinesische Universität Hongkong) zusammen. In einer abschließenden Diskussion wurden die Ergebnisse des zweitägigen Workshops zusammengetragen.

Zum Rahmenprogramm des Workshops gehörte ein Besuch beim Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen (*keidanren*), bei dem eine kleine Delegation aus TeilnehmerInnen einen tieferen Einblick in die Arbeitsweise und aktuellen Projekte des Verbands erhielt.

Auch das japanische Gegenstück zum Hamburger Workshop im Sommer 2016 (Konferenzbericht siehe ASIEN Nr. 141) bot erneut jungen Forschern und Forscherinnen die Möglichkeit, ihre Projekte vorzustellen und vom Feedback etablierter WissenschaftlerInnen zu profitieren. Er erwies sich als eine gelungene Fortführung der Kooperation zwischen der Universität Waseda (GSAPS) und der Universität Hamburg (AAI).

Vincent B. Lesch

Food Education in Germany and Japan

Japanese-German Center Berlin (JDZB), December 6, 2016

On December 6, 2016, scholars and practitioners of food education from Germany and Japan gathered at the JDZB. The conference was organised by Cornelia Reiher (Graduate School of East Asian Studies, Freie Universität Berlin) with the aim of facilitating a deeper understanding of central concepts, institutional environments of food education, progress made, and constraints and challenges ahead.

In the first keynote speech, Aya Kimura (University of Hawaii at Manoa) evaluated Japan's national food education strategy from a feminist and food justice perspective, highlighting the following issues: 1) food nationalism emphasising Japanese food as "superior"; 2) a monocultural approach subsuming indigenous culinary traditions under "Japanese food"; 3) a gendered approach portraying food work as women's work; and 4) a lack of class perspective leading to a disregard of food insecurity of the poor. The second keynote speech by Ines Heindl (Europa-Universität Flensburg) discussed food and nutrition education in Germany. Lacking a national strategy, there are a number of campaigns and federal states, such as Schleswig Holstein, adopting their own "consumer education" strategy. She drew attention to the following issues: 1) traditional thinking patterns of professionals hinder developing a national strategy, and 2) a focus on the individual and not on society as a whole. The panels that followed addressed many of the problems raised from theoretical and practitioners' perspectives.

In the first panel, Angela Häusler (Heidelberg University of Education) evaluated school lunches in Germany. Introducing school lunches means a transfer of responsibilities from parents to state institutions, which is viewed critically by teachers and parents. About ten percent of schools serving lunch use it to convey sustainability issues. Jana Rückert-John (Fulda University) analysed the efficacy of food communication strategies in Germany. She identified the main obstacles to be moral communication, and a focus on knowledge transfer rather than everyday practices. Tobias Gumbert (University of Muenster) discussed the role of food education actors in anti-waste campaigns in Germany. He found a lack of discussion about structural constraints behind waste issues and a need to focus on the production chain, not only on consumers. Stephanie Assmann (Hokkaido University) presented three actors involved in food education in Japan: the national *shokuiku* (food education) campaign, the state organization Food Action Japan and the transnational Slow-Food network. They all share a focus on the traditional family idea, while the first two also engage a nationalist line of argument by striving for food security through rice. Takeda Hiroko (Nagoya University) drew attention to political aspects of everyday food practice by locating *shokuiku* in the state governance system in Japan. She highlighted the discrepancy between promoting food education as a national movement and employing a food governance model that puts the onus on individuals, most notably women. Altogether, the panel illustrated a diversity of actors, issues and approaches to food education in Germany and Japan. Presentations discussed important concepts for analysing food education like governance, sustainability, agency and food movements.

In panel two, Megumi Haga (Ministry of Health, Labour and Welfare, MHLW) presented the national *shokuiku* campaign from a nutrition perspective. Data collected by the MHLW in national surveys revealed: 1) the average diet has become fattier in the last twenty years and 2) younger people follow a less diverse diet. The MHLW tries to address these problems by developing guidelines and education programs for "healthy" nutrition. Mariko Nishizawa (Consultant at Litera Japan), representing the private sector, addressed food safety as an aspect of food education. In the triplet of risk assessment, management and communication, the latter is largely absent in Japan. She called for more attention to risk communication in order to meet people's demands for advice. Takako Horita (Nutritionist in the City of Taketa, Ōita Prefecture) presented local food-related activities as part of rural revitalisation efforts in Japan. They include school lunches and cooking classes to raise children's interest in food. Selvihan Koç (Consumer Schools Project, Deutsche Stiftung Verbraucherschutz) provided insights into the "consumer schools" campaign in Germany. With its rather holistic approach, it provides pupils, parents and teachers with food education to help children become informed

consumers. It addresses four aspects of food: finances and consumer rights, nutrition and health, media and information, sustainability. Overall, practitioners' experiences revealed difficulties in implementing concepts discussed by scholars in the previous panel in developing policies for food education and educating citizens about "healthy" and "proper" eating behaviour.

Rounding off the conference was a roundtable discussion chaired by Cornelia Reiher, with Ines Heindl, Aya Kimura, Selvihan Koç and Mariko Nishizawa as panellists. It addressed the gap between scholars and practitioners' perceptions as well as differences between Germany and Japan. Aya Kimura clarified the difference between a positivist and a critical approach to science; whereas the former sees information as facts to be communicated, the latter stresses how facts are constructed against the background of ethical, financial and gender divides. The conference concluded that there is a plurality of knowledge, practices and norms in food education. It should serve as a starting point for further dialogue between scholars and practitioners and, ideally, policy makers.

Florentine Koppenborg